

Rede des Stellvertretenden Militärgouverneurs,
Generalleutnant Sir Brian H. ROBERTSON,
im Zonenbeirat am 23. Oktober 1946.

1. Mr. BEVIN, der Aussenminister der Britischen Regierung, hat gestern im Unterhaus eine wichtige Erklärung über Deutschland abgegeben. Was ich Ihnen heute zu sagen habe, stellt z.T. eine Wiederholung der Beschlüsse dar, die er bekanntgegeben hat und z.T. weitere Ausführungen über die unmittelbar zu ergreifenden Massnahmen.
2. Ende vorigen Monats erhielten wir den vom Zonenbeirat ausgearbeiteten Bericht über den Neuaufbau der Britischen Zone und die Verteilung der Regierungsgewalten. Am 3. Oktober hatte ich das Vergnügen, diesen Bericht mit einigen Vertretern von Ihnen in Berlin zu besprechen. Ich möchte zum Ausdruck bringen, wie dankbar ich Ihnen bin für die Mühe, die Sie sich mit dieser Angelegenheit gemacht haben, für die Sorgfalt, mit der Sie sie untersucht und für die Klarheit, mit der Sie Ihre Schlussfolgerungen dargestellt haben. Diese Schlussfolgerungen waren nicht in jeder Hinsicht übereinstimmend. Das hatte ich in der Tat auch nicht erwartet. In einer Anzahl von Punkten stimmten Sie jedoch miteinander überein.
3. In all Ihren Vorschlägen stelle ich eine wesentliche Übereinstimmung darüber fest, dass die Regierung in erheblichem Masse dezentralisiert werden muss. Wir stimmen im Prinzip damit überein und sind mit Ihnen der Meinung, dass bis zu einem Grade dezentralisiert werden sollte, der sich mit der nationalen Einheit und einer zweckmässigen Koordinierung des Wirtschaftslebens des gesamten Landes vereinbaren lässt. Die Befugnisse der Zentralregierung müssten feststehen und alle ihr nicht ausdrücklich zuerkannten Regierungsgewalten sollten den Länderregierungen vorbehalten bleiben. Sie schlugen ausserdem vor, dass mit wenigen Ausnahmen die Verwaltung der der Zentralregierung zuerkannten Aufgaben in den Ländern durch ihre Verwaltungsorgane durchgeführt werden sollen. Ausdrücklich ausgenommen wurden von Ihnen das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen. Wir stimmen im Prinzip hierin mit Ihnen überein. Ein weiterer Punkt, über den Einigkeit zu herrschen scheint, ist der, dass die Hansestädte Hamburg und Bremen gemäss ihrer Tradition und der Rolle, die sie im Wirtschaftsleben Deutschlands zu spielen haben, eine Sonderstellung erhalten sollen.
4. Von den verschiedenen Vorschlägen, die wir über den territorialen Neuaufbau der Britischen Zone erhielten, waren drei von hervorragender Bedeutung. Der erste war der Vorschlag von Ministerpräsident Kopf, der empfahl, dass die Britische Zone neben dem Lande Nordrhein-Westfalen zwei weitere Länder, nämlich Niedersachsen und Schleswig-Holstein, enthalten, während Hamburg seine selbständige Stellung als Hansestadt behalten solle. Der zweite war der von Dr. Kurt Schumacher, der den Standpunkt vertritt, abgesehen vom Lande Nordrhein-Westfalen den gesamten Rest der Zone in ein einziges Land zu verwandeln mit einer zusätzlichen Regierungszwischenstufe zwischen Land und Kreis. Die von Ministerpräsident Tantzen, Oldenburg, und Ministerpräsident Kubel, Braunschweig, entworfenen Pläne sahen einen nur als vorläufig anzusehenden Länderaufbau vor, sodass nach Wiederherstellung der Einheit des Reiches die grösseren Länder verschwinden und nur die kleineren Unterteilungen bleiben würden.

X

5. Es ist klar, dass eine endgültige Entscheidung über die zukünftige Struktur Deutschlands nicht gegeben werden kann, bevor nicht Deutschland geeint ist, bevor in dieser Frage nicht völlige Übereinstimmung zwischen den Alliierten erreicht werden konnte und bevor das deutsche Volk nicht in der Lage ist seinen nationalen Willen zum Ausdruck zu bringen. Trotzdem ist es nötig, sofort etwas zu unternehmen, und wir müssen daher diejenige Lösung wählen, die grösste Aussicht auf Dauer hat und späterhin die geringsten Abänderungen erfordern wird. Nach eingehenden Überlegungen sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die von Ministerpräsident Kopf vorgebrachte Lösung die beste Basis zur Befriedigung aller und für die Verwaltung abzugeben scheint. Ein Land, das die gesamte Britische Zone mit Ausnahme der Provinz Nordrhein-Westfalen umfasst, würde sich über ein so grosses Gebiet erstrecken, dass eine wirkungsvolle Verwaltung sehr erschwert werden würde. Auf der anderen Seite würde die Errichtung von zu vielen kleinen Ländern leicht den mit einer wirkungsvollen Dezentralisation der Regierungsgewalten verfolgten Zweck zunichte machen. Wenn ich dieses sage, so möchte ich betonen, dass wir die Stärke der von Dr. Schumacher vorgebrachten Auffassung, die sich auf die Grösse und Bedeutung des Landes Nordrhein-Westfalen stützt, vollkommen anerkennen und in gleicher Weise ~~es~~ als wünschenswert empfinden, soweit wie möglich das Eigenleben altüberkommen-er Teile des staatlichen Aufbaues, wie Braunschweig und Oldenburg, aufrechtzuerhalten. Wir glauben jedoch, dass Massnahmen ergriffen werden können, die diesen Überlegungen Rechnung tragen, ohne die von uns als am meisten befriedigend angesehene Lösung zu verwerfen.

X

6. Bei der Durchführung unseres Beschlusses werden wir es für äusserst wichtig halten, dass bei der Ausarbeitung der Verfassung für das Land Niedersachsen mit äusserster Sorgfalt vorgegangen wird. General Macready, der zum Gebietsbeauftragten für dieses Land ernannt werden soll, wird sich mit allen Beteiligten beraten, um sich zu vergewissern, dass die bestmögliche Lösung herbeigeführt wird. Es darf sich nicht darum handeln, dass gewisse Organe von anderen absorbiert oder annektiert werden. Aus Gründen der Zweckmässigkeit und wegen der guten Verkehrslage liegt es auf der Hand, dass Hannover die Hauptstadt des neuen Landes wird. Dieses Land soll aber zu einem Zusammenschluss seiner verschiedenen Bestandteile führen, deren betreffende Eigenart weitgehendst erhalten bleiben muss.

X

7. Ich habe nicht die Absicht, heute mögliche geringere Grenzberichtigungen zu erörtern. Für den Augenblick sollen die Grenzen des Landes Niedersachsen mit den Grenzen des Militärregierungsbezirks Hannover, Bremen ausgenommen, übereinstimmen. Auch die Grenze zwischen der Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein soll nicht abgeändert werden. Jegliche Änderungen bleiben späteren Sonderberatungen vorbehalten. Ebenso wird die Zukunft des Landes Lippe, des Reg. Bez. Minden und Cuxhavens zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

8. Die Hansestädte Hamburg und Bremen behalten vorläufig ihre Selbständigkeit. Ich möchte mich heute nicht darauf festlegen, dass dieser Zustand von Dauer sein wird. Ich bitte, sich damit zu begnügen, wenn ich sage, dass wir im Augenblick keine Änderung vorhaben.
9. Nachdem nunmehr unsere Entscheidung getroffen ist, ist das Wichtigste, sie schnell in die Tat umzusetzen. Uns liegt ebenso viel wie Ihnen daran, die Regierungsbefugnisse auf die Länder übertragen zu sehen. In diesem Zusammenhang bitten Sie darum, dass die zur Durchführung des neuen Planes erforderlichen Verordnungen von einem Ausschuss des Zonenbeirates entworfen werden sollen. Nur aus Gründen der Zeitersparnis haben wir uns geeignet erscheinende Verordnungen bereits ausgearbeitet. Sie werden Ihnen jetzt zur Stellungnahme vorgelegt, und ich möchte Sie nur bitten, uns Ihre Stellungnahme so schnell wie möglich zugehen zu lassen. Sie sind sich selbstverständlich bewusst, dass die vorgeschlagene Verteilung der Gewalten nur vorläufig ist und von Zeit zu Zeit abgeändert werden muss.
10. Sie werden aus einem dieser Verordnungs-Entwürfe entnehmen, dass, die Genehmigung der Gebietsbeauftragten vorausgesetzt, wir die Absicht haben, ab 1. Januar 1947 den Ländern volle Regierungsgewalt auf den Gebieten zu übertragen, die in ihre Kompetenz fallen. Das soll das endgültige Datum sein. In der Zwischenzeit müsste eine schrittweise Übertragung stattfinden. Unsere Gebietsbeauftragten werden angewiesen werden, dafür zu sorgen, dass dieses geschieht und bei der Übertragung der Befugnisse von den Abteilungen der Kontrollkommission auf die Verwaltungsorgane der Länder behilflich zu sein, so schnell wie die Länder zu ihrer Übernahme in der Lage sind.
11. Sie empfehlen, dass die Länderverfassungen von den Landesregierungen selber beschlossen werden sollten. Dem stimmen wir zu. Die Regierungen der Länder sollten sich daher als erstes über eine vorläufige Verfassung einigen. Ich sage "vorläufige Verfassung", denn es will uns nur recht und billig erscheinen, dass die endgültige Verfassung von den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes bestätigt sein muss, und zwar nach den Länderwahlen im Frühjahr 1947. Eine zweite dringende Aufgabe ist die Vorbereitung eines Gesetzes über die Landesregierung, in dem die Kompetenzen der unteren Regierungsorgane festgelegt werden. Dieses sollte ebenfalls von den ersten aus den Wahlen hervorgegangenen Länderparlamenten verabschiedet werden.
12. Ab 1. Januar 1947 erwarten wir, dass alle Gesetze auf jenen Gebieten, die zur Kompetenz der Länderregierungen gehören, von diesen Regierungen und nicht von uns verabschiedet werden. Die Befugnisse, diese Gesetze zu genehmigen, werden den Gebietsbeauftragten übertragen werden. Unsere Gesetzgebung soll sich auf die Gebiete beschränken, die der Zentralregierung vorbehalten bleiben.

13. Es müssen ebenfalls Schritte unternommen werden, um jene Verwaltungsorgane zu errichten, die erforderlich sind, um die Verwaltung der Aufgaben zu handhaben, die der Zentrale vorbehalten sind. Gegenwärtig werden die Richtlinien auf diesem Gebiet, wie Sie wissen, von der Militärregierung beschlossen und die Durchführung dieser Richtlinien befindet sich für bestimmte Gebiete in den Händen der bizonalen Verwaltungsausschüsse für die amerikanische und britische Zone.

14. Bezüglich der bizonalen Verwaltungsausschüsse möchte ich deutlich betonen, dass diese ausführende Organe sind und nicht Körperschaften mit politischen Entscheidungsfunktionen. Sie erhalten ihre politischen Richtlinien von der Anglo-Amerikanischen Militärregierung. Wir planen, dass die Vertreter in all diesen Verwaltungsausschüssen soweit wie möglich aus den Länderregierungen hervorgehen sollen. Das bedeutet aber nicht, dass wir den Länderregierungen das Recht zuerkennen politische Entscheidungen in den Fragen zu treffen, die zur Kompetenz der Zentralregierung gehören. Das würde das Prinzip der Dezentralisation unserer Meinung nach zu weit führen. Wir haben nie gesagt, dass wir für einen Staatenbund dieser Art eintreten.

15. Sie haben uns Vorschläge in Bezug auf die politische Kontrolle dieser bizonalen Verwaltungsausschüsse unterbreitet, und wir sind dabei, sie eingehend zu prüfen. Hier muss wiederum bis auf weiteres die Entscheidung über die politischen Grundsätze bei den Anglo-Amerikanischen Militärregierungen verbleiben. Wir ziehen auch eine Reorganisierung des Zonenbeirats in Erwägung, um daraus eine Einrichtung zu machen, die mehr dem Länderrat der amerikanischen Zone ähnelt. In solcher Gestalt hat er drei Aufgabengebiete zu übernehmen:

- a) Bei Angelegenheiten, die zur Kompetenz der Länderregierungen gehören, wird er als Koordinierungs-Konferenz dienen, zu welcher die Vertreter der Länderregierungen zusammenkommen, um gemeinsame Probleme zu besprechen und sich über gemeinsame Massnahmen in ihren Ländern zu einigen.
- b) In Angelegenheiten, die zur Kompetenz der Zentralregierung gehören, soll er die Militärregierung beraten.
- c) Er soll gemeinsame Sitzungen mit dem Länderrat der amerikanischen Zone abhalten, um gemeinsame Massnahmen auf Gebieten zu erörtern, die zur Kompetenz der Länder gehören, und die Anglo-Amerikanische Militärregierung in grundsätzlichen Fragen zu beraten, die von den bizonalen Verwaltungsausschüssen bearbeitet werden.

16. Im Augenblick müssen die Länderregierungen notwendigerweise noch ernannt werden. Wir befinden uns in einer Übergangszeit, aber einer für Deutschland und besonders für unsere Zone sehr kritischen. Ich möchte eindringlich darum bitten, dass alle politischen Parteien in dieser Zeit mitarbeiten und das Allgemeininteresse den parteilichen Sonderinteressen voranstellen. Es hat kürzlich die Tendenz bestanden zu behaupten, wenn die Militärregierung nur ihre Vollmachten den Deutschen übertragen würde, so würden alle Schwierigkeiten

keiten verschwinden. Das ist eine grosse Übertreibung. Wir sind ernstlich bestrebt, Ihnen Vollmachten zu übertragen. Der Plan, den ich Ihnen in dieser Rede beschrieben habe, beweist das. Auf der anderen Seite müssen Sie sich darüber klar sein, dass Sie weder die Verwaltung noch die Wirtschaft Ihres Landes wiederaufbauen können ohne starke Hilfe von aussen. Sie benötigen eine umfangreiche Einfuhr von Lebensmitteln; Sie werden zweifellos starke Unterstützung nötig haben, um Rohmaterialien zu bekommen. Wir werden unser Ausserstes tun, um diese Dinge für Sie zu beschaffen, aber Sie müssen uns unterstützen, indem Sie Ihren Teil voll dazu beitragen. Wenn ich zu Ihnen sage, dass Sie diese Dinge tun müssen, so meine ich damit die Deutschen in der Britischen Zone, die von Ihnen dabei geführt und ermutigt werden müssen. Mehr Kohle muss gefördert werden; die Leute müssen härter arbeiten. Auch die industrielle Struktur muss erheblich reorganisiert werden.

17. Die gegenwärtigen Besitzverhältnisse in den Grundindustrien in der Britischen Zone sind nach unserer Auffassung unbefriedigend. Wir haben aus berechtigten Gründen die früheren Besitzer enteignen müssen, und wir beabsichtigen nicht, ihnen wieder die Macht in die Hände zu legen, die sie früher besaßen und so schwer missbraucht haben. Auf der anderen Seite ist die nominelle Übertragung der Eigentumsrechte auf den Britischen Oberkommandierenden nur ein vorübergehender und nicht befriedigender Ausweg. Unsere Gebietsbeauftragten sind angewiesen, die Mitglieder der Regierungen der verschiedenen Länder zu Rate zu ziehen, um eine vernünftige und dauerhaftere Lösung zu finden. Ich habe bei früheren Gelegenheiten Ihnen gegenüber deutlich darauf hingewiesen, dass unserer Meinung nach der Übergang der Eigentumsrechte auf die öffentliche Hand der einzige Weg ist, auf welchem ~~das~~ Lösung gefunden werden kann. Wir würden es jedoch unbedingt vorziehen, dass Sie selber die richtige Entscheidung in dieser lebenswichtigen Frage treffen.

18. Ich habe mich bei meinen Ausführungen der Kürze halber darauf beschränkt, unseren Beschluss bezüglich des territorialen Neuaufbaus unserer Zone und der Verteilung der Regierungsgewalten nur zu skizzieren. Bevor ich diese Frage verlasse, möchte ich Sie jedoch darauf hinweisen, dass wir grosse Bedeutung der Stellung beimessen, welche innerhalb des demokratischen Staates Vertretungskörperschaften einnehmen, die nicht streng zu den Regierungsorganen gehören. Körperschaften wie die Gewerkschaften, Handelsverbände, Berufsgenossenschaften und besondere Interessenvertretungen sollten an der Beratung der Regierung in den verschiedenen Instanzen nützlichen Anteil nehmen. Ich hoffe, dass diejenigen unter Ihnen, die an dem Regierungsaufbau in den verschiedenen Ländern beteiligt sind, dieses dauernd im Auge behalten. Unsere Gebietsbeauftragten werden angewiesen werden, dafür zu sorgen, dass der Bedeutung dieser Tatsache genügend Rechnung getragen wird.